

Unterstützung Normenkontrollverfahren – für die grundgesetzlich garantierte Rundfunkfreiheit!

Antrag:

- Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-geführten Landesregierungen dazu auf, ein Normenkontrollverfahren des ZDF-Staatsvertrags anlässlich der offensichtlich politischen Intervention bei der Besetzung des Postens des Chefredakteurs beim Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF), Nikolaus Brender, einzuleiten bzw. einem solchen zuzustimmen.
- Ferner fordern wir die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, die Art der Besetzung von Gremien im öffentlichen Rundfunk, die über solche Fragen entscheiden, dahingehend zu reformieren, dass eine politische Instrumentalisierung ausgeschlossen ist.

Begründung:

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat, definiert durch den Rundfunkauftrag im Rundfunksystem der Bundesrepublik Deutschland, eine besondere Funktion. Er muss nicht nur die Grundversorgung sichern, sondern in den Bereichen Bildung, Kultur, Zielgruppen- und Spartenangebote und Nachrichten vielfältige und pluralistische Rundfunkangebote machen.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk kann dies nur tun, wenn er getragen von einem gesellschaftlichen Konsens und in großer Unabhängigkeit von politischer Einflussnahme arbeiten kann. Deshalb gilt das verfassungsrechtliche Gebot der Staatsferne.

Mit seiner Intervention im Verwaltungsrat des ZDF hat der Ministerpräsident des Landes Hessen, Roland Koch, gegen dieses Gebot verstoßen. Durch seine organisierte Verweigerung, den Vertrag des ZDF-Chefredakteurs Nicolaus Brender, der vom Intendanten vorgeschlagen war, zu verlängern, wurde der Rundfunkfreiheit im ZDF großer Schaden zugefügt.

Dabei hat der Hessische Ministerpräsident nicht nur gegen das Gebot der Staatsferne verstoßen, sondern auch noch den Rundfunkauftrag infrage gestellt, indem er seine Intervention mit rückläufigen Quoten begründet hat. Es ist nicht vordringlich die Aufgabe des gebührenfinanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunks, Quote zu machen. Es ist die Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, Meinungsvielfalt und Pluralismus zu sichern.

Weiterleitung:

- SPD-Unterbezirksvorstand
- SPD-Bundestagsfraktion

Quelle:

- SPD-Landtagsfraktion